

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
Länder und Asyl, Postfach 58 01 62 . 10411 Berlin  
HAUSANSCHRIFT Greifswalder Straße 4 . 10405 Berlin  
T: +49 30 420248-416 . F: +49 30 420248-444 . E: katharina.spiess@amnesty.de . W:  
www.amnesty.de

**AMNESTY INTERNATIONAL** Postfach 580162 . 10411 Berlin

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Innen- und Rechtsausschuss  
z. Hd. Frau Schönfelder  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Postfach 7121  
24171 Kiel  
per Mail: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**   
**Umdruck 16/3381**

Ihre Nachricht vom  
16. Juni 2008

Ihr Zeichen  
L 215

Berlin, den 22. Juli 2008

#### **VERANTWORTUNGSVOLLE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG – DRUCKSACHE 16/1893**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur öffentlichen Beschaffung, Drucksache 16/1893.

Amnesty International ist eine weltweite Organisation, die sich für den Schutz und Respekt der weltweit anerkannten Menschenrechte einsetzt. Amnesty International beobachtet mit Sorge, dass Unternehmen, insbesondere in Staaten, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Menschenrechte zu achten und zu schützen, selber Menschenrechte verletzen oder aber an Menschenrechtsverletzungen teilhaben. In dieser Situation stehen zum einen die Unternehmen selbst in der Pflicht, zu verhindern, an Menschenrechtsverletzungen teilzuhaben. Gleichzeitig ist aber auch die internationale Staatengemeinschaft aufgerufen, den Respekt aller Menschenrechte auch durch wirtschaftliche Akteure sicherzustellen.

Der Staat ist verpflichtet, in all seinen Handlungen Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu erfüllen, dies gilt auch im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens. Hier steht insbesondere die Schutzpflicht des Staates im Vordergrund, durch die der Staat verpflichtet ist, den einzelnen vor Eingriffen in seine Rechte durch private Dritte, dazu gehören auch Unternehmen, zu schützen. Der VN-Sondervertreter für Wirtschaft und Menschenrechte, Prof. John Ruggie, hat dies in seinem Bericht an den VN-Menschenrechtsrat in diesem Jahr erneut unterstrichen. Die Schutzpflicht des Staates kann sich dabei auch auf Tatbestände erstrecken, die außerhalb seines Hoheitsgebietes geschehen.

Indem der Staat das öffentliche Beschaffungswesen so gestaltet, dass er nur solche Gegenstände anschafft, die nicht unter Verletzung von Menschenrechten produziert worden, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der menschenrechtlichen Verpflichtungen von Unternehmen. Denn er setzt einen Anreiz für Unternehmen, ihre Produkte unter Achtung von Menschenrechten zu produzieren und zu beziehen. Gleichzeitig stellt der Staat sicher, dass er selbst keine Produkte bezieht, die unter Missachtung von Menschenrechten produziert werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßt Amnesty International den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur verantwortungsvollen öffentlichen Beschaffung. Amnesty International regt an,

zusätzlich zu den ILO-Kernarbeitsnormen auch Bezug auf die UN-Menschenrechtsverträge zu nehmen. Denn die Erfahrung zeigt, dass neben den Rechten in der Arbeit auch andere Menschenrechte bei der Herstellung oder dem Vertrieb von Produkten verletzt werden können. So werden in einigen Ländern Frauen entlassen, wenn sie schwanger werden. Auch hat Amnesty International in verschiedenen Ländern dokumentiert, dass Erdöl- und Bergbauunternehmen mit Sicherheitskräften zusammenarbeiten, die beim Schutz der Unternehmensanlagen exzessive Gewalt anwenden. Ein großes Problem ist auch die Landvertreibung bei der Entwicklung von großen Infrastrukturprojekten oder so genannten Sonderwirtschaftszonen, in denen für den Export produziert wird.

Mit einem Verweis auf die UN-Menschenrechtsverträge würde sichergestellt werden, dass bei der öffentlichen Beschaffung auf die Einhaltung aller Menschenrechte geachtet wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Katharina Spieß

Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte

